

## Streetwork an Brennpunkten

Jahresbericht 2016





# Inhalt

1 Einleitung: Berlin im Wahljahr 2016.....	1
2 Brennpunkte.....	2
2.1 Alexanderplatz .....	2
2.2 Kurfürstenkiez .....	4
2.3 Ostbahnhof .....	6
2.4 Bahnhof Zoologischer Garten und Umgebung .....	8
3 Gremien- und Informationsarbeit .....	10
4 Aktuelle Entwicklungen .....	12
4.1 Business Improvement District (BID) .....	12
4.2 EU-Bürger*innen, Geflüchtete und Menschen aus Drittstaaten.....	14
5 Projekt- und Gruppenarbeit .....	16
5.1 „Polnische Nachmittage“ und Polenreisen .....	16
5.2 Fußballprojekt .....	19
6 Fachtagung für Erwachsenen-Streetwork (FEST 2016) .....	21
7 Statistische Angaben .....	22
Allgemeine Angaben .....	27

# 1 Einleitung: Berlin im Wahljahr 2016

Im Berliner Wahljahr 2016 wurde die Arbeit des Teams „Streetwork an Brennpunkten“ von Gangway e.V. mit wohnungslosen Erwachsenen fortgesetzt. Neben den individuellen Hilfen wurde auch die Gruppen- und Projektarbeit, sowie die sozialräumlich orientierte Arbeit weiterhin verfolgt. Einen Schwerpunkt der Tätigkeiten bildete im vergangenen Jahr die Durchführung der ersten Fachtagung für Erwachsenen-Streetwork („FEST 2016“) in Leipzig, die gemeinsam mit zwei weiteren Streetwork-Projekten organisiert wurde (siehe Punkt 6.)

Obwohl die Anzahl der Adressat\*innen, mit denen das Team im letzten Jahr Kontakt hatte, leicht rückläufig waren, lässt sich daraus nicht schließen, dass die Wohnungslosigkeit in der Bundeshauptstadt gesunken ist. Der leichte Rückgang ist eher durch die inhaltliche Ausrichtung der Arbeit und durch die personelle Unterbesetzung, die durch teilweise längerfristige Erkrankungen zustande kam, zu begründen. Nach Schätzungen ist die Zahl wohnungsloser Personen im Gegenteil gestiegen, was sich wiederum mit den Eindrücken des Streetwork-Teams deckt. Vor allem bei Sozialraumerkundungen außerhalb der regelmäßig von den Straßensozialarbeiter\*innen aufgesuchten Brennpunkten (Alexanderplatz, Bahnhof Zoologischer Garten, Kurfürstendamm und Ostbahnhof) ließ sich dieser Zuwachs feststellen. Inzwischen sind in nahezu allen Gebieten der Stadt obdachlose Personen anzutreffen. Vermehrt erhält das Team auch Hinweise aus der Bevölkerung bzw. durch Behörden auf obdachlose Personen. In der Regel ist es hierbei jedoch nur möglich diese Menschen darüber zu informieren, wo obdachlose Personen Unterstützung erhalten können. Eine direkte Hilfe ist nur möglich, wenn sich die Personen in der Umgebung der Brennpunkte aufhalten. Dass sich dieser Zuwachs an Wohnungslosigkeit fortsetzt ist zu befürchten, vor allem in Hinblick auf die Armutsentwicklung einerseits und der steigenden Miet- und Immobilienpreise andererseits.

Während des Berichtszeitraums gab es des Weiteren einige gesetzliche Änderungen, von denen viele Menschen auf der Straße betroffen sind bzw. die in Zukunft Auswirkungen auf sie haben werden. Das geänderte Prostituiertenschutzgesetz (siehe Punkt 2.2.), sowie die neu regulierten Zugänge für EU-Ausländer\*innen (siehe Punkt 4.2.) seien hierbei insbesondere erwähnt.

## 2 Brennpunkte

An allen vom „Team Brennpunkte“ aufgesuchten Orten sind im vergangenen Jahr städtebauliche Maßnahmen erfolgt, die noch weiter voran schreiten werden. Da es sich hierbei in der Regel um Großprojekte handelt, hat dies starke Auswirkungen auf das Gemeinwesen. In der Gestaltung der Räume dominieren ökonomische Interessen und Verdrängungseffekte sind teilweise schon durch die Planung vorprogrammiert. Bei steigenden Zahlen wohnungsloser Personen im öffentlichen Raum sinkt gleichzeitig durch Bebauung die zur Verfügung stehende Fläche. Parallel dazu sinkt die Akzeptanz gegenüber Wohnungslosen. Anwohner\*innen und Gewerbetreibende üben Druck auf die Ordnungsbehörden aus und diese werden häufig aufgrund dessen aktiv und reagieren mit Räumungen bzw. Platzverweisen. Die mangelnde Akzeptanz ist häufig durch irrationale Ängste verursacht. Das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen sinkt, obwohl dies in der Regel mit den objektiven Fakten kaum in Einklang zu bringen ist. An vielen Orten stagniert die Kriminalität bzw. ist sie sogar an manchen Orten gesunken, dennoch entsteht ein Gefühl der Unsicherheit. Eine Aufgabe von Streetwork ist hierbei genau diese Differenz zwischen subjektivem Empfinden und objektiven Fakten hervorzuheben und somit schlichtend auf die Situation einzuwirken und mehr Verständnis für die Situation wohnungsloser Menschen zu erreichen. Die Konflikte im öffentlichen Raum sind gestiegen. Adäquate Lösungen sind bisher größtenteils nicht gefunden worden. Repression und Verdrängung sorgten in der Vergangenheit immer nur zu vorübergehenden Problemverlagerungen. Nach relativ kurzer Zeit tauchten verdrängte Menschen an der gleichen Stelle wieder auf, an der sie vorher schon waren. Von daher kann man sagen, dass repressive Politik gegenüber Wohnungslosen gänzlich ineffizient ist, da mit hohem Aufwand Ziele nicht erreicht und Probleme nicht gelöst werden. Für Wohnungslose bewirkt diese Vorgehensweise wiederum erhöhten Stress und damit verbunden erhöhte Aggressivität und Resignation („Es ist egal, wie ich mich verhalte. Mich will eh keiner haben!“), was im Endeffekt bedeutet, dass Konflikte sogar noch forciert werden.

### 2.1 Alexanderplatz



Verlegt am Alexanderplatz nahe der Weltzeituhr

Der Alexanderplatz als hochfrequentierter und zentraler Platz in Berlin ist ein Anziehungspunkt für viele Menschen (ca. 300.000 Menschen überqueren diesen Ort täglich). Er ist ein Verkehrsknotenpunkt und gleichzeitig eine Tourist\*innenattraktion. Von der Polizei wird er als kriminalitätsbelasteter Ort eingestuft. Zwar gibt es am „Alex“ mehr Straftaten als an kleineren Plätzen, dennoch ist diese Einstufung zu hinterfragen, da die Kriminalität in Relation zu der Vielzahl an Menschen, die sich hier aufhalten keineswegs hoch ist. Verfolgt man jedoch die Tagespresse entsteht der Eindruck, dass es sich um einen extrem gefährlichen Ort handelt. Von der neuen Regierungskoalition wurde beschlossen eine sogenannte „Alex-Wache“ zu errichten, eine Polizeistation mitten auf dem Platz, in der immer drei Vertreter\*innen der Landespolizei Dienst haben. Ergänzt werden sollen

die Beamten durch Bundespolizei und Ordnungsamt. Der genaue Standort ist noch nicht abschließend geklärt, angestrebt ist jedoch der Platz zwischen Berolinahaus und Weltzeituhr. Die geplante Wache stößt auch bei Teilen der Polizei auf Kritik, da manche davon ausgehen, dass sich die Sicherheit hierdurch nicht erhöhen wird, die Kriminalitätsstatistik jedoch negativer ausfällt, da durch verstärkte Kontrollen beispielsweise die registrierten Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz steigen würden. Aufgrund dessen könne es dazu kommen, dass der Platz entgegen der eigentlichen Realität weiterhin negativ in den öffentlichen Fokus rückt. Viele halten einen Ausbau sozialer Angebote für hilfreicher, auch in Hinsicht auf Konflikte und Kriminalität.

Am Alexanderplatz halten sich vereinzelt kleinere Gruppen jugendlicher Geflüchteter auf. Diese sind teilweise aus Einrichtungen der Flüchtlingshilfe, teilweise aber auch aus Einrichtungen in anderen Bezirken. Für die Tätigkeit des Teams „Streetwork an Brennpunkten“ spielen diese Menschen derzeit keine große Rolle, da sie durch die Flüchtlingshilfe betreut sind und jugendlich sind und von daher nicht zum Adressat\*innenkreis des Teams gehören. Dennoch wird diese Entwicklung auf dem Platz beobachtet und auch in den platzbezogenen Gremien (AG Alex bzw. Initiative Alexanderplatz) besprochen. Dass junge Menschen den „Alex“ wieder als Aufenthaltsort wählen, wird vom Team begrüßt.

Traditionell halten sich auf dem Alexanderplatz und in dessen Umgebung auch viele Wohnungslose auf, sehr viele davon stammen aus dem osteuropäischen Raum, vorwiegend aus Polen. Die Hilfe, die das Streetwork-Team diesen Menschen anbieten kann, ist aufgrund gesetzlicher Vorgaben äußerst beschränkt. Diese Zugangsbarrieren sind durch eine Gesetzesänderung noch einmal zusätzlich erhöht worden (siehe 4.2.). Individuelle Hilfen zu leisten erfordert in der Regel einen langen Zeitraum. Um dies zu verdeutlichen wird im Folgenden die Unterstützung für einen Menschen aus Polen dargestellt:

*Herr W. stammt aus einer kleinen Stadt in der Nähe von Danzig und lebt seit acht Jahren obdachlos in Berlin. In Polen war er als Bauarbeiter tätig bevor er seine Anstellung verlor. Die Streetworker\*innen von Gangway lernten ihn vor ca. fünf Jahren kennen. Er war in einem desolaten Gesundheitszustand, da er dauerhaft an den Folgen einer schweren Körperverletzung, der er zum Opfer fiel, leidet. Der Oberkörper ist halbseitig gelähmt und ein Teil seiner Schädeldecke wurde entfernt. Zusätzlich ist er stark alkoholabhängig. Durch die kontinuierliche Beziehungsarbeit entstand ein Vertrauensverhältnis und es war möglich Herrn W. zumindest eine medizinische Notversorgung zukommen zu lassen, wenn auch eine deutlich intensivere medizinische Hilfe erforderlich gewesen wäre. Herr W. hatte jedoch keine Möglichkeit Sozialleistungen zu beziehen, da er seinen längeren Aufenthalt in Deutschland nicht nachweisen konnte. Er war die ganze Zeit über obdachlos und hatte keine polizeiliche Meldung in Berlin. Bei der Hilfe gab es eine engere Kooperation mit der Caritas-Ambulanz am Bahnhof Zoo. Dadurch konnte Herr W, der zwischenzeitlich auch mehrere kurze Krankenhausaufenthalte hatte, zunächst eine Gehhilfe bekommen, später einen Rollator und letztendlich einen Rollstuhl. Mit anderen polnischen Wohnungslosen führen die Straßensozialarbeiter\*innen zur polnischen Grenze und besorgen dort einen gültigen Personalausweis für diese und boten ihnen in diesem Rahmen freizeitpädagogische Aktivitäten, wie die Erkundung der Gegend, an. Inzwischen hat Herr W. Untersuchungen beim sozialpsychiatrischen Dienst hinter sich und ein gesetzlicher Betreuer wurde für ihn bestellt. Mit Hilfe der Betreuung soll nun versucht werden Herrn W. eine Unterbringung in einem Wohnheim zu ermöglichen.*

## 2.2 Kurfürstenkiez

Auch der Kurfürstenkiez stand im Jahr 2016 unter dem großen Oberthema des „Wandels“, der insbesondere in Baumaßnahmen, der Verabschiedung des Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG), der Gründung und dem Engagement von Bürgerinitiativen, Diskussionen rund um die Einrichtung eines Sperrbezirkes sowie in politischen Wahlkämpfen deutlich wurde.

Besonders ist hier die Gentrifizierung hervorzuheben. Im Allgemeinen lässt sich Gentrifizierung als „jeder stadtteilbezogene Aufwertungsprozess“ verstehen, „bei dem Immobilienwirtschaftliche Strategien der Inwertsetzung und/oder politische Strategien der Aufwertung den Austausch der Bevölkerung für ihren Erfolg voraussetzen. Verdrängung ist das Wesen und kein ungewollter Nebeneffekt der Gentrification“<sup>1</sup>.



Im Kurfürstenkiez treten diese Verdrängungsmechanismen in zweierlei Hinsicht auf. Modernisierungsmaßnahmen von alten Immobilien, welche bereits im Jahr 2015 begannen und die, die Konsequenz von erhöhten Mietpreisen beinhalten, führen dazu, dass sich die derzeitigen Mieter\*innen ihre Wohnräume nicht mehr leisten können und in einen anderen Wohnbezirk umziehen müssen<sup>2</sup>.

Zudem entstehen Luxusimmobilien auf vorhandenen Flächen; so wird das ehemalige Gelände der Polnischen Botschaft sowie die Parkplatzfläche eines Möbelhauses bebaut, was vermutlich dazu führen wird, dass der dort ansässige „Straßenstrich“ nach und nach verdrängt wird und sich dies verheerend auf die dort arbeitenden Personen auswirken wird. Im Jahr 2016 ließen sich vor Ort schon erste Beobachtungen dazu anstellen, da unsere Adressat\*innen teilweise ihre gewohnten Arbeitsstraßen verließen und ihre Arbeit auf benachbarte Straßen verlagerten. Durch unsere Arbeit vor Ort, durch Gespräche mit den Adressat\*innen sowie durch Teilnahmen an Fachgruppen und Terminen mit dem Quartiersmanagement konnten wir unter anderem erfahren, dass durch die Bebauungen „traditionelle“ Verrichtungsorte aufgedeckt und geschlossen wurden, so dass die Prostitution immer mehr in Seitenstraßen und Häusereingängen vollzogen wird, was insbesondere den Anwohner\*innen negativ auffällt. Aufgrund der oftmals vorherrschenden Wohnungslosigkeit unserer Adressat\*innen kommt zu der „öffentlichen Prostitution“ noch die Problematik hinzu, dass viele von ihnen in Häusern oder Kellerräumen Übernachtungsmöglichkeiten suchen und so zusätzlich Konfliktpotential mit den Anwohner\*innen entsteht. Bezüglich dieser Situation und der „geografischen“ Veränderungen haben sich Bürger-/ Anwohnerinitiativen gegründet, welche politische Gegenmaßnahmen forderten und teilweise weiterhin fordern. Diese Bürgerinitiativen wurden auch bei den jeweiligen Fachgruppen und Gremien der Sozialen Arbeit, welche im Kurfürstenkiez ansässig sind, vorstellig. Im Rahmen des Konfliktmanagements konnten wir in Kooperation mit anderen sozialen Einrichtungen zumindest gegenseitiges Verständnis sowie einen guten Dialog zwischen den Anwohner\*innen und

<sup>1</sup> Holm, Andrej: Gentrification, in: Handbuch Kritische Stadtgeographie, Hrsg. Belina B., Naumann, M., Strüver, A., Münster 2016, S.102

<sup>2</sup> vgl. URL: <http://www.berliner-woche.de/tiergarten/bauen/bewohner-an-der-kurfuerstenstrasse-wehren-sich-gegen-die-modernisierung-d86994.html>, Stand 16.02.2017

unseren Adressat\*innen bewirken. Die geforderte Einführung eines Sperrbezirkes im Kurfürstenkiez wurde von Teilnehmer\*innen der „Fachgruppe Kurfürstenstr.“, in der wir seit mehreren Jahren Mitglied sind, mehrfach diskutiert und schlussendlich einstimmig von den aktiven Mitgliedern der Fachgruppe abgelehnt und auch in mehrmaligen fachlich begründeten Schreiben an die politisch Verantwortlichen kommuniziert.

Des Weiteren wurde das neue Prostituiertenschutzgesetz, welches zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen beitragen soll, am 07.07.2016 vom Deutschen Bundestag verabschiedet (Erlass Oktober 2016). Dies soll im Juli 2017 in Kraft treten. Bereits der Gesetzesentwurf rief im Vorfeld viele Diskussionen hervor und forderte vermehrt Aufklärungsarbeit unsererseits gegenüber den Adressat\*innen. Wesentliche Bestandteile des Gesetzes, welche von besonderer Relevanz für die Sexarbeiter\*innen auf dem „Straßenstrich“ sind, werden im Folgenden dargestellt<sup>3</sup>:

Ein wichtiger Bestandteil des Gesetzes betrifft die Anmeldung der Prostituierten:

#### *Abschnitt 2, Prostituierte*

##### *§3 Anmeldepflicht für Prostituierte*

*(1) Wer eine Tätigkeit als Prostituierte oder als Prostituerter ausüben will, hat dies vor Aufnahme der Tätigkeit persönlich bei der Behörde, in deren Zuständigkeitsbereich die Tätigkeit vorwiegend ausgeübt werden soll, anzumelden.*

*(2) Soweit ein Land nach § 5 Absatz 3 Satz 1 eine abweichende Regelung zur räumlichen Gültigkeit der Anmeldebescheinigung getroffen hat, ist die Tätigkeit in diesem Land auch bei der dort zuständigen Behörde anzumelden.*

*(3) Die Anmeldepflicht besteht unabhängig davon, ob die Tätigkeit selbständig oder im Rahmen eines Beschäftigungsverhältnisses ausgeübt wird.*

Durch die Pflicht zur Anmeldung, welche persönlich bei der zuständigen Behörde vorgenommen werden soll, wird für die betroffenen Personen schon eine erste Hürde geschaffen, welche in Verbindung mit der Pflicht zur (Gesundheits-) Beratung (§ 7 Informationspflicht der Behörde; Informations- und Beratungsgespräch, ProstSchG) auch eine Diskriminierung der Betroffenen darstellt. Bis dato hatten die Sexarbeiter\*innen die Möglichkeit, auf eigenen Wunsch Beratungsstellen anonym aufzusuchen und Unterstützung in bestimmten Bereichen in Anspruch zu nehmen. Durch das neue Gesetz wird die Anonymität aufgehoben und eine Kontrolle/Registrierungspflicht eingeführt, was von den Sexarbeiter\*innen, mit denen wir gesprochen haben, nicht positiv aufgefasst wird, da sie diese Maßnahme als Kontrolle und Missachtung ihres Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung ansehen. Dieser Umstand könnte dazu führen, dass echte Problemlagen nicht mehr wahrheitsgemäß thematisiert werden und die vertrauensvolle Basis der Beratungsgespräche verloren geht, so dass keine guten Arbeitsbündnisse mehr geschlossen und wirkliche Unterstützungsmaßnahmen nicht mehr erfolgen werden. Zudem erhalten die Sexarbeiter\*innen nach erfolgter persönlicher Anmeldung und (Gesundheits-) Beratung eine Bescheinigung, welche von unseren Adressat\*innen intern oftmals als „Hurenausweis“ bezeichnet wird<sup>4</sup>.

---

<sup>3</sup> vgl. URL: <https://www.bmfsfj.de/blob/80776/fff4653f9e09d4b313a3606f3cdc0141/prostituiertenschutzgesetz-entwurf-data.pdf>, Stand 24.02.2017

<sup>4</sup> vgl. §10, Gesundheitliche Beratung, Absatz 4, ProstSchG



Diese „interne“ Bezeichnung deutet schon darauf hin, dass die Betroffenen sich stigmatisiert und nicht ernst genommen fühlen. Beispielsweise äußerte eine Sexarbeiterin sinngemäß in unserer Beratung, dass sie doch nicht dumm sei und natürlich darauf achte, gesund zu bleiben und dazu gehöre auch, dass sie Kondome benutze und sich regelmäßig beim Arzt vorstelle. Dazu benötige sie keine behördlichen Maßnahmen und schon gar nicht Gesetze, die ihr das vorschreiben. Sie habe außerdem Angst davor, dass jemand aus ihrer Familie diese Bescheinigung finden könnte und somit alle Bescheid wüssten, wie sie ihr Geld verdiene und sie dann aus der Familie ausgeschlossen würde<sup>5</sup>.

Des Weiteren soll es nach Prostituiertenschutzgesetz eine Kondompflicht für Kunden und Kundinnen sowie für die Prostituierten geben<sup>6</sup>. Dies wird von der Mehrzahl unserer Adressat\*innen als überflüssig angesehen, da diese selber Wert auf Schutz ihrer Gesundheit legen. Die Frage ist zudem, wie dies kontrolliert werde und insbesondere durch wen diese Kontrolle durchgeführt werden soll.

Insbesondere die oben ausgeführten Passagen des Gesetzes wurden im Vorfeld kontrovers diskutiert. So haben wir im Jahr 2016 an vielen unterschiedlichen Fach- sowie Diskussionsrunden zu diesem Thema teilgenommen, welche von sozialen Einrichtungen sowie von politischer Seite (z.B. BVV, Genderbeauftragte, Wahlkampfveranstaltungen) einberufen wurden. Auch die Arbeit vor Ort im Kurfürstentempel im direkten Kontakt mit den Sexarbeiter\*innen bestand zu großen Teilen darin, dass wir viel Aufklärungs- sowie Erklärungsarbeit zu dem Gesetz geleistet haben, wozu insbesondere die Übersetzung der Paragraphentexte in leichte Sprache gehörte.

Aufgrund der Geschehnisse im Jahr 2016 ist davon auszugehen, dass nächstes Jahr die Veränderung weiter fortschreiten wird und die unterschiedlichen Akteure sich flexibel auf die Dynamik im Kurfürstentempel einstellen müssen.

## 2.3 Ostbahnhof



Nachdem in den vergangenen Jahren viel in der Öffentlichkeit über die Umgebung rund um den Ostbahnhof diskutiert wurde - Stichwort Media Spree - ist die mediale Aufmerksamkeit bezüglich dieses Gebietes deutlich zurückgegangen. Der Rückgang bedeutet jedoch nicht, dass in dem Gebiet zwischen Warschauer- und Jannowitzbrücke keine Veränderungen mehr stattfinden - ganz im Gegenteil – es bedeutet lediglich, dass die gewaltigen Umstrukturierungen bislang nicht aufzuhalten waren und kontinuierlich weiterverfolgt werden. Wer sich jedoch entlang der East Side Gallery bewegt, sieht ganz automatisch die bereits getätigten und geplanten künftigen Bebauungen. So ist zum Beispiel ein mehrgeschossiger Wohnturm an der Spree gebaut worden und die Kultureinrichtung „Yaam“ ist umgezogen. Des Weiteren ist neben der Mercedes Benz Arena eine Vielzahl von Gebäuden entstanden und die Umstrukturie-

<sup>5</sup> vgl. Frau K., 45 Jahre im Beratungsbus Gangway vom 15.12.2016

<sup>6</sup> vgl. ProstSchG, Abschnitt 6, Verbote und Bußgeldvorschriften §32, Kondompflicht und Werbeverbot

rungsmaßnahmen finden nun ihren „baulichen Höhepunkt“ in einer neu entstehenden Shopping Mall. Auch die Rückseite des Ostbahnhofes wird sich künftig verändern. Denn Mitte 2017 soll Galeria Kaufhof schließen, mit bislang ungeklärter Folgenutzung; auch sollen laut Aussage von Betreiber\*innen der Marktstände einer weiteren Bebauung weichen. Dies bedeutet dann konkret weniger Raum, in welchem sich wohnungslose Menschen aufhalten können und nicht unwahrscheinlich ein entstehender Nutzungskonflikt, um die verbleibenden Flächen. Auch dies wird im Jahr 2017 eines der Dinge sein, die wir beobachten und - wenn möglich – für oder zusammen mit unseren Adressat\*innen beeinflussen möchten.

Das Team Brennpunkte arbeitete auch im Jahr 2016 am und um den Ostbahnhof. Im Vergleich zum Jahr 2015 haben wir unsere Kernpräsenzzeiten jedoch von drei auf zwei Tage reduziert, uns jedoch die Option beibehalten, bei Bedarf auch einen dritten Tag flexibel vor Ort zu sein. Ausschlaggebende Gründe hierfür waren zum Einen die in den vorherigen Jahresberichten bereits beschriebene – in Abwägung zu den anderen Brennpunkten - „feste“ Gruppe mit weniger Fluktuation; zum anderen eine personalbedingte Reduktion der Brennpunktstunden.

Erfreulicher Weise haben wir 2016 unsere Kooperationen mit den beiden Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe vor Ort, der GEBEWO Praxis am Stralauer Platz und der Bahnhofsmision am Ostbahnhof weiter ausbauen können. Die Tatsache, dass sowohl beide Einrichtungen als auch wir, mit oftmals denselben Menschen arbeiten, macht aus fachlicher Sicht eine engere Verknüpfung unserer Arbeitsbereiche mehr als sinnvoll. Dopplungen in den einzelnen Arbeitsprozessen und Hilfsangeboten können somit vermieden werden und ermöglicht einerseits für die Adressat\*innen eine schnellere Zielerreichung und schont andererseits unsere Ressourcen, welche wir dann in die Bedarfe anderer wohnungsloser Menschen investieren können. Zudem ergeben sich aus den einzelnen Arbeitsaufträgen Synergieeffekte, die wiederum den von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen zugutekommen. Ein Austausch erfolgt dabei selbstverständlich nur nach Einwilligung der Adressat\*innen und nur zu den, von ihnen, uns autorisierten Bereichen unter strenger Einhaltung des Datenschutzes.

Neben der Tatsache, dass wir Kooperationen bzw. Absprachen in unserem Arbeitsfeld grundsätzlich als sinnvoll erachten, war das Jahr 2016 von massiver gesundheitlicher Verschlechterung einiger Adressat\*innen vor Ort geprägt. Dies machte einen engen Austausch mit Kolleg\*innen anderer Träger auf fachlicher Ebene notwendig. Teilweise musste mehrmals wöchentlich der Notarzt verständigt werden, auf Wunsch der betroffenen Adressat\*innen oder aufgrund der Tatsache, dass wir aus Sicht der Straßensozialarbeit es nicht verantworten konnten ohne qualifizierte medizinische Einschätzung die Menschen wieder zu verlassen. Auch das Arztmobil der Caritas Ambulanz unterstützte uns hierbei, da manchmal die Hemmschwelle der Adressat\*innen - sich von einem wohnungslos-spezifischem Hilfsangebot medizinisch beraten zu lassen, geringer ist. Glücklicherweise konnten die medizinischen Notfälle durch monatelange intensive Arbeit soweit stabilisiert werden, dass sie zumindest vorerst nicht mehr gefährdet sind, Todesfälle vermieden und sie teilweise sogar in betreuten Wohnraum vermittelt werden konnten.

Grund für die rapide Verschlechterung der Gesundheit bei manchen Menschen am Ostbahnhof ist der Tatsache geschuldet, dass viele der Wohnungslosen hier bereits seit mehr als zehn Jahren auf der Straße leben und einen sehr hohen Alkoholkonsum aufweisen. Auch dies haben wir bereits in unserem Jahresbericht 2015 näher ausgeführt.

Eine neue Entwicklung am Ostbahnhof ist, dass wir vermehrt Menschen aus Osteuropa dort antreffen. Gründe hierfür konnten wir bislang von den Menschen noch nicht erfahren, auch nicht ob sie vorher bereits an anderen Orten in Berlin waren oder ob der Ostbahnhof ihre erste Anlaufstelle ist.

Dies werden wir 2017 weiterhin beobachten bzw. mit ihnen im Kontakt bleiben und ausbauen. Bezüglich der polnischen Sprache ist auch eine Kollegin mit osteuropäischer Sprachkompetenz konstant vor Ort, um uns den Zugang zu den Menschen zu ermöglichen.

Entgegen der von uns beobachteten Tendenz des Jahre 2015 mit einer Zunahme von wohnungslosen Menschen im Bereich der Jannowitzbrücke, haben wir eine gegenteilige Entwicklung im Jahr 2016 feststellen können. Sowohl als Aufenthaltsort tagsüber als auch als Ort zum Übernachten, hat die Jannowitzbrücke für wohnungslose Menschen 2016 an Bedeutung verloren. Als konkreten Grund für „weniger Übernachtungen“ konnten wir bislang in Erfahrung bringen, dass von Polizei und Ordnungsamt Räumungen stattgefunden haben. Gründe für den Rückgang der Frequentierung des Gebietes als Tagesaufenthalt konnten wir bisher noch nicht in Erfahrung bringen. Was wir hingegen feststellen konnten ist, dass die dubiose Gruppe „Deutsche helfen Deutschen“ sich im Jahr 2016 vom Ostbahnhof verabschiedet hat, hier nicht mehr erscheint.

## 2.4 Bahnhof Zoologischer Garten und Umgebung

Die Umgebung des Bahnhof Zoo in der City-West im Bezirk Charlottenburg ist derzeit einem rasanten strukturellem Wandel unterzogen. Immer mehr Hotels und (zum Teil hochpreisige) Einkaufsmöglichkeiten entstehen. Es besteht eine ständige Bautätigkeit, die den nutzbaren Raum zumindest vorübergehend einschränkt. Das Gebiet erfährt eine Aufwertung im ökonomischen Sinn.



Die Umgestaltung des Bahnhofs und des Hardenbergplatzes hat begonnen, ist aber noch nicht abgeschlossen. In den Räumlichkeiten der ehemaligen Zoo-Terrassen hat ein Fast-Food-Restaurant eröffnet. In den kommenden Jahren wird die Bahnhofsmission ihre Fläche und ihr Angebot erweitern. Für 2017 ist die Installation eines sogenannten „Business Improvement District“ in der City-West vorgesehen (siehe 4.1.) und auf der Fläche hinter dem Bahnhof, auf der ursprünglich ein Riesenrad geplant war, wird ein Gebäudekomplex mit Wohnungen entstehen. Gleichzeitig sind der Bahnhof und dessen Umgebung ein traditioneller Treffpunkt wohnungsloser und von Armut betroffener Menschen, was zunehmend zu Konflikten führt. Wie auch im restlichen Stadtgebiet ist deren Zahl auch hier steigend. Trotz dieser Gegebenheiten gibt es in der Region keinen signifikanten Anstieg an Kriminalität und die Anzahl an Drogenkonsument\*innen ist rückläufig, da sich diese Szene an andere Orte verlagert hat.

Das Gebiet, in dem das Streetwork-Team von Gangway hauptsächlich agiert, reicht südlich des Bahnhofs vom Wittenbergplatz zur Uhlandstraße und nördlich über den westlichen Teil des großen Tiergartens bis ins Hansaviertel. Der Savignyplatz und der Stuttgarter Platz werden zudem in unregelmäßigen Abständen aufgesucht. Das Team ist derzeit dreimal wöchentlich zu verschiedenen Tageszeiten vor Ort, eine Ausweitung dieses Angebotes ist aufgrund des zunehmenden Bedarfs geplant.

Während des Berichtszeitraums kam es in der Region wiederholt zu Räumungen von Schlafstätten durch die Ordnungsbehörden. Die Streetworker\*innen sind hierbei bemüht mit den Ordnungsämtern Absprachen im Sinne der Adressat\*innen zu treffen. Im Sommer gab es ein großes Treffen verschiedener Akteure im Bezirksamt Charlottenburg um sich über die Situation in Bezug auf „Vermüllung“ im Bezirk auszutauschen. Das Streetwork-Team wies darauf hin, dass viele Wohnungslose ihre Schlafstätten sehr ordentlich halten, dass permanente Räumungen jedoch häufig zu Resignation führen. Mit dem Ordnungsamt wurde vereinbart, dass die obdachlosen Menschen in der Hertzallee nicht geräumt werden, wenn diese darauf achten, dass keine „Vermüllung“ stattfindet und durch die Schlafstätten der Gehweg nicht blockiert wird (z.B. durch Matratzen). Die Streetworker\*innen übernahmen die Rolle den Wohnungslosen dies mitzuteilen, fungierten also in gewisser Weise als „Dolmetscher\*innen“. In der Regel hielten sich die Adressat\*innen an die Vorgaben des Ordnungsamtes. Bei Schwierigkeiten erfolgte nicht umgehend eine Räumung, sondern es fand eine Kommunikation mit dem Streetwork-Team statt. Diese Regelung war für alle Beteiligten äußerst hilfreich. Die Wohnungslosen konnten über einen gewissen Zeitraum dort bleiben, die Mitarbeiter\*innen des Ordnungsamtes konnten ihrem Auftrag leichter gerecht werden. Streetwork fungierte als Vermittler, nicht jedoch als Ordnungsmacht. Dies funktionierte aufgrund des guten Vertrauensverhältnisses zwischen Straßensozialarbeit und Adressat\*innen, sowie durch die Sprachkenntnisse der Sozialarbeiter\*innen. Aufgrund von Straftaten zweier Obdachloser Ende August wurden die Menschen unter der Brücke durch die Polizei doch geräumt. Das Ordnungsamt war hierüber im Vorfeld nicht informiert worden. Die Obdachlosen erfuhren davon erst 15 Minuten vor der Räumung, so dass einige ihre Habseligkeiten nicht mehr in Sicherheit bringen konnten. Die Gegenstände unter der Brücke wurden sofort von der BSR entsorgt.

Ebenfalls im Sommer gab es ein weiteres Treffen zwischen Herrn Haas (BA Mitte), Herrn Schöne (Präventionsbeauftragter der Polizei im Hansaviertel), einer Vertreterin des Projektes „Frostschutzengel“, sowie Vertreter\*innen von Gangway e.V. um sich über die Situation am Hansaplatz auszutauschen. Alle Parteien waren sich dabei einig, dass diese momentan relativ entspannt ist. Die Polizei sprach von einem stetigen Rückgang an Kriminalität, so dass der Hansaplatz von der Liste der „kriminalitätsbelasteten Orte“ genommen werden konnte. Lediglich das Fehlen einer kostenlosen öffentlichen Toilette wurde bemängelt um Verunreinigungen zu vermeiden. Trotz dieser Einschätzung fühlen sich offensichtlich einige Anwohner\*innen im Hansaviertel durch Obdachlose gestört. Eine Bürgerinitiative fordert sehr vehement die Verdrängung der Obdachlosen aus diesem Bereich. Gleichzeitig gibt es in der City-West Überlegungen wie man wohnungslose Personen auf das gesamte Stadtgebiet verteilen könnte, was im Endeffekt nur eine Umschreibung für Verdrängung ist. Da es auch im benachbarten Kurfürstentempel Kräfte gibt, die den dort ansässigen „Straßenstrich“ verdrängen möchten (Anwohner\*innen und Investor\*innen). Aufgrund dieser Zusammenhänge ist das Streetwork-Team derzeit dabei gemeinsam mit anderen Akteur\*innen in den Sozialräumen um den Bahnhof Zoo nach konstruktiven Lösungen zu suchen und nimmt hierbei seine parteiliche Haltung gegenüber den Adressat\*innen wahr. Für das kommende Jahr wird hierfür ein erhöhter Bedarf erwartet. Ziel ist es einer Verdrängung entgegen zu wirken und den öffentlichen Raum für alle zu erhalten.

### 3 Gremien- und Informationsarbeit

In unserem Arbeitsbereich ist es notwendig, über aktuelle Entwicklungen und Diskussionen in Berlin informiert zu sein. Zum einen informieren wir uns vor Ort durch Rundgänge an unseren Brennpunkten bzw. im gesamten Stadtgebiet, zum anderen erhalten wir neue relevante Informationen über unser Arbeitsgebiet in unterschiedlichen Gremien. Hier werden wir nicht nur informiert, sondern können Diskussionen konstruktiv mitgestalten. Nicht selten dabei verlassen die Ergebnisse und Beschlüsse den Rahmen der Gremien und beeinflussen stadtpolitische Entscheidungen und Belange. Hier sei auf den Punkt 4.1 BID in diesem Jahresbericht verwiesen sowie auf in diesem Punkt unten aufgeführte Schilderung zur Arbeit des Arbeitskreises Wohnungsnot. Manche der von uns besuchten Gremien thematisieren ortsspezifische-, andere hingegen fachspezifisch Belange im Bereich der Wohnungslosigkeit.

Die folgenden aufgelisteten Gremien besuchen wir regelmäßig und arbeiten aktiv mit:

- AG Alexanderplatz
- AG Leben mit Obdachlosen
- AG ProstSoz
- AK City-Bahnhöfe
- AK Stricher
- AK Wohnungsnot
- FG Kurfürstenstraße
- Initiative Alexanderplatz

Arbeitskreise und Gremien, in welchen wir lediglich punktuell bzw. für einmalige Diskussionsbeiträge teilgenommen haben sind hier nicht aufgelistet, das würde die Liste unübersichtlich werden lassen.

Am Beispiel des Arbeitskreises Wohnungsnot ist im Folgenden beschrieben, wie unsere Mitarbeit in Gremien aussehen kann: Der Arbeitskreis Wohnungsnot existiert seit nunmehr fast 30 Jahren. Hier treffen sich eine Vielzahl von Trägern, Fachexpert\*innen, Behörden und (zumindest theoretisch) auch von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen jeden ersten Mittwoch im Monat und diskutieren fachspezifische Themen. Im Jahr 2015 wurde eine mehrmonatige intensive Diskussion begonnen, um dem Arbeitskreis ein neues Selbstverständnis zu geben, an deren Ende die Frage stand, wie Betroffene (konstruktiver) eingebunden werden können. Auf Beschluss des AK wurde eine dreiteilige Diskussions- bzw. Informationsreihe vereinbart und diese von Prof. Dr. Susanne Gerull (Alice Salomon Hochschule Berlin) und uns unter Mithilfe von Jan Markowski (Unter Druck - Kultur von der Straße e.V.) gestaltet und geleitet. Diese beinhaltete einen theoretischen Input zum Thema Partizipation, Best Practice Beispiele (Frankreich, New York City und Ungarn) sowie mehrere Diskussionsrunden im großen Plenum als auch in kleinen Arbeitsgruppen. Am Ende der Arbeitskreis Wohnungsnot internen Veranstaltungsreihe wurde eine Arbeitsgruppe in Leben gerufen, die AG Partizipation), welche mit der Aufgabe betraut wurde, ein Konzept zu entwerfen, welches zum Inhalt hat, wie von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen an Gremien wie dem Arbeitskreis Wohnungsnot aktiv mitarbeiten können.

Nach mehrmaligen Treffen hat sich die Idee der Gründung eines Betroffenenparlaments herauskristallisiert. Dies kann selbstverständlich nicht durch die Expert\*innen bzw. Profis der Wohnungslosenhilfe allein geschehen, hierfür müssen Betroffene in die Arbeitsstrukturen mit eingebunden werden, um nicht paternalistisch für die Betroffenen Entscheidungen zu treffen, sondern mit ihnen zusammen. Zudem muss die von der Arbeitsgruppe entworfene Idee auch zuerst mit Betroffenen diskutiert

werden, denn eventuell besteht von Seiten dieser gar nicht der Bedarf. Die Idee dahinter ist, dass sich Betroffene zusammenschließen, um dann Delegierte in verschiedene Arbeitskreise zu entsenden, damit die Stimme der wohnungslosen Menschen dort vertreten ist. Deshalb sind zu einem ersten Treffen mit Betroffenen ebendiese im Dezember 2016 eingeladen worden. Um einen Überblick zu behalten und arbeitsfähig zu bleiben, wurden von den Mitgliedern der AG Partizipation einzelne wohnungslose Menschen gezielt eingeladen. Dies wurde gut angenommen und auf dem Auftakttreffen wurde eine Weiterführung und ein Ausbau dieser Idee und Runde beschlossen. Auch wurde ein monatlicher Rhythmus vereinbart und ein kontinuierliches Einladen neuer Interessierter Menschen. Diese Treffen werden 2017 weitergeführt und im nächsten Jahresbericht ausführlicher über die Entwicklung berichtet.

Neben Gremienarbeit nehmen wir auch an öffentlichen Diskussionen und Runden Tischen teil. Darüber hinaus geben wir auch Workshops und geben unser Fachwissen an Interessierte weiter. Beispielsweise seien hier einige davon aufgeführt:

- Alice Salomon Hochschule Berlin: Input für eine Fishbowl-Diskussionsrunde: "Solidarität oder Konkurrenz? Geflüchtete und EU-Bürger\_innen in den niedrigschwelligen Angeboten der Wohnungslosenhilfe" im Rahmen der Hochschul-Fokuswoche zum Thema Flucht, organisiert durch Prof. Dr. Susanne Gerull.
- Alice Salomon Hochschule Berlin: Expertenexpertise zum Thema Niedrigschwellige Hilfen im Projektseminar: „Zwischen und neben der Gesellschaft – Wohnungslosigkeit und psychische Erkrankungen in Berlin“ bei Prof. Dr. Susanne Gerull
- EBET Jahrestagung Bewegte Zeiten – Existenzsicherung und Teilhabe in Erfurt: Workshop zum Thema „EU-Migrant\_innen in der niedrigschwelligen Wohnungslosenhilfe“ zusammen mit Basia Friedrich (Frostschutzengel) und Prof. Dr. Susanne Gerull (Alice Salomon Hochschule Berlin)
- Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungsnot Fachtagung zu Ambulanten Hilfen: Workshop zum Thema: „Niedrigschwellige Hilfe: Streetwork und Tagesaufenthalte“ zusammen mit Basia Friedrich (Frostschutzengel-GEBEWO-Pro) und Karsten Krull (Warmer Otto-Berliner Stadtmission)

## 4 Aktuelle Entwicklungen

Im vergangenen Jahr war der schlechte gesundheitliche Zustand vieler Wohnungsloser auffällig. Vor allem Menschen ohne deutschen Pass litten und leiden an mangelnder medizinischer Versorgung. Während noch vor fünf Jahren das „Team Brennpunkte“ um die fünf Todesfälle unter seinen Adressat\*innen zu verzeichnen hatte, ist diese Zahl inzwischen auf zehn bis 15 Personen gestiegen. Einige davon starben in einem Alter von weniger als 40 Jahren. Ein vereinfachter Zugang zur gesundheitlichen Versorgung ist zwingend notwendig um dieser Entwicklung entgegen zu wirken

Im Wahlkampf zum Abgeordnetenhaus von Berlin spielte das Thema „Wohnen“ eine zentrale Rolle. In den Wahlprogrammen der meisten Parteien wurde hierauf eingegangen und dabei unterschiedliche Konzepte vorgestellt, wie der Problematik auf dem Wohnungsmarkt begegnet werden könnte. Ein Thema, das über Jahre vernachlässigt wurde.

In Folge dessen haben sich auch die neuen Regierungsparteien des Landes in ihrer Koalitionsvereinbarung auf Vorgehensweisen diesbezüglich geeinigt. Beispielsweise wird in der kommenden Legislaturperiode angestrebt, dass das Land Berlin 55000 Wohnungen baut bzw. kauft, so dass diese in öffentlicher Hand sind. Durch dieses Vorgehen könnte die negative Entwicklung steigender Preise etwas gebremst werden, wenn auch nicht zu erwarten ist, dass diese hierdurch gestoppt wird. Ob der Beschluss aus der Koalitionsvereinbarung jedoch umgesetzt wird bleibt abzuwarten. Wirkungen solcher Regulierungsinstrumente würden allerdings erst in einigen Jahren auftreten. Unter anderem ist in Folge dessen die Prognose für die kommenden Jahre ein weiterer Anstieg der Wohnungslosigkeit in der Stadt zu erwarten.

Ein Weiterer Indikator für steigende Zahlen ist die derzeitige Armutsentwicklung. Einer aktuellen Statistik des paritätischen Wohlfahrtsverbandes zufolge sind in Berlin derzeit 22,4% der Menschen von Armut betroffen (bundesweit 15,7%). Armut hat zwar nicht zwingend Wohnungslosigkeit zur Folge, dennoch gibt es einen signifikanten Zusammenhang.

Wie bereits beschrieben führte und führt die steigende Zahl wohnungs- und obdachloser Personen zu Konflikten im öffentlichen Raum und zu Verdrängungsbestrebungen. Als ein Mittel um diese Verdrängung voranzutreiben fungiert die Errichtung sogenannten „Business Improvement Districts“, auf die im Folgenden eingegangen werden soll. In Punkt 4.2 erfolgt dann eine Analyse zur Situation von wohnungslosen Menschen ohne deutschen Pass.

### 4.1 Business Improvement District (BID)

Bereits im Jahresbericht 2015 wurde auf das Thema BID eingegangen. In 2016 beschäftigte sich das Streetwork-Team intensiv hiermit, da der Prozess um die Eröffnung des ersten BID Berlins vom Wittenbergplatz bis zur Uhlandstraße voran schritt und sehr konkrete Formen annahm. Erstaunlich war hierbei, dass nur Wenige bereit waren hierzu in den Austausch zu gehen. Anfragen an politisch Verantwortliche wurden in der Regel dahingehend beantwortet, dass man sich an die Arbeitsgemeinschaft City e.V. wenden solle, also an einen Zusammenschluss von Gewerbetreibenden, die die Installation des BID in der City-West maßgeblich mitgestalten und von daher als neutrale Informationsquelle ungeeignet ist. Das Team nahm Kontakt zu dem Politikwissenschaftler Volker Eick auf, der sich seit vielen Jahren mit diesem Thema auseinandersetzt. Herr Eick erläuterte die Historie, sowie die juristischen und soziologischen Hintergründe. Er äußerte verfassungsrechtliche Bedenken gegenüber des „Berliner Immobilien und Standortgemeinschafts-Gesetzes“ (BIG), da dieses der negativen Verei-

nigungsfreiheit widerspreche, da ein/e Gewerbetreibende/r, der/die kein Mitglied der Standortgemeinschaft sein möchte gezwungen ist hier mitzuwirken und entsprechende Abgaben zu entrichten, wenn sich sein Gewerbe in einem BID befindet. Als in Bayern ein entsprechendes Gesetz verabschiedet werden sollte wurde dies von der Landesregierung mit eben dieser Begründung abgelehnt. Ein weiterer Kritikpunkt war, dass Mieter\*innen und Nutzer\*innen des öffentlichen Raumes keinerlei Mitspracherecht bei der Gestaltung des öffentlichen Raums haben.



Aus sozialarbeiterischer Sicht ist der zu erwartende Verdrängungseffekt solcher städtebaulicher Konstrukte in Bezug auf Wohnungslose im Fokus. Dieser tritt in

erster Linie durch die Gestaltung des Raumes auf. Erfahrungen aus anderen Städten, in denen bereits BIDs existieren, zeigen, dass hierdurch immer eine Verdrängung bestimmter Personengruppen erfolgte und diese in der Regel auch beabsichtigt war. Bettler\*innen oder Obdachlose, die sich zum Schlafen auf einen Gehsteig legen werden beispielsweise durch den häufigen Einsatz von Reinigungsfahrzeugen permanent aufgescheucht, so dass ein Aufenthalt in einem BID unangenehm wird. Müllimer sind meist so konzipiert, dass ein Hereingreifen, um beispielsweise Pfandflaschen heraus zu greifen, nicht mehr möglich ist, da der Müll in einem unterirdischen Container fällt.

Das BID schließt zwar den Einsatz privater Sicherheitsdienste ausdrücklich aus, dennoch soll es in dem BID in der City-West sog. City-Guides geben, zu deren Tätigkeit laut Homepage des Aufgabenträgers des Districts auch sicherheitsrelevante Funktionen gehören<sup>7</sup>. Auch durch diese ist ein repressives Vorgehen gegenüber Wohnungslosen zu erwarten.

Das Streetwork-Team von Gangway diskutierte diese und weitere Kritikpunkte an BIDs generell und insbesondere des BIDs in der City-West noch vor den Berlin-Wahlen mit dem Mitglied des Abgeordnetenhauses Frau Katrin Lompscher. Die Abgeordnete teilte einige Kritikpunkte und sagte zu, falls es zu Koalitionsverhandlungen mit ihrer Partei (die Linke) kommen sollte, dieses Thema noch einmal anzusprechen, mit dem Ziel bei der konkreten Umsetzung noch demokratischere Strukturen (z.B. durch eine Steuerungsrunde, in der Anwohner\*innen und andere Nutzer\*innen des öffentlichen Raumes vertreten wären) zu installieren. Bei den nach der Wahl zustande gekommenen Verhandlungen wurde dies dann auch angesprochen und beschlossen, das Gesetz noch einmal zu überprüfen. Frau Lompscher erhielt das Amt als Senatorin für Stadtentwicklung.

Parallel wurde im AK-City Herr Eick auf Anregung von Gangway als Gastreferent zum Thema eingeladen. Im Anschluss entschloss sich der AK einen Brief an den Bürgermeister und die zuständigen Stadträte in Charlottenburg Wilmersdorf, die BVV des Bezirks sowie an den Senat für Stadtwicklung zu verfassen. Teilweise erhielt der AK hierauf Antwortschreiben, in denen die Sorgen des AK nicht geteilt wurden.

Das geplante „Business Improvement District“ vom Wittenbergplatz bis zur Uhlandstraße wird voraussichtlich 2017 eröffnet.

---

<sup>7</sup> [http://www.bid-kudamm-tauentzien.de/wp-content/uploads/BID\\_Kudamm\\_Tauentzien\\_Aufgabenprofil\\_City\\_Guides.pdf](http://www.bid-kudamm-tauentzien.de/wp-content/uploads/BID_Kudamm_Tauentzien_Aufgabenprofil_City_Guides.pdf)



## 4.2 EU-Bürger\*innen, Geflüchtete und Menschen aus Drittstaaten

Ein erheblicher Anteil der Adressat\*innen des Teams „Streetwork an Brennpunkten“ verfügt über keine deutsche Staatsangehörigkeit. Die Zuwanderung die v.a. im Jahr 2015 durch Geflüchtete entstand, machte sich im vergangenen Jahr in der täglichen Arbeit an den Brennpunkten für das Team kaum bemerkbar. Gelegentlich bestand lockerer Kontakt zu dieser Personengruppe am Bahnhof Zoo. Im großen und im kleinen Tiergarten, sowie im dazwischen liegenden Hansaviertel gibt es kleinere Gruppen



obdachloser Geflüchteter. Die Kontaktaufnahme zu diesen stellte sich als schwierig heraus, da es in der Regel unüberwindbare Sprachbarrieren gab. Vereinzelt konnte mit ihnen kommuniziert werden, da ein Mitarbeiter des Teams türkisch spricht und hierüber eine Verständigung möglich war. Da bei den meisten der obdachlosen Geflüchteten eine Drogenabhängigkeit vorrangig war, trat das Team diesbezüglich mit den Kolleg\*innen von „Fixpunkt e.V.“ in Kontakt, die regelmäßig am kleinen Tiergarten vor Ort sind. Am Alexanderplatz halten sich vorwiegend jugendliche Geflüchtete auf, die jedoch in Einrichtungen der Flüchtlingshilfe untergebracht sind.

Der Großteil der Adressat\*innen ohne deutschen Pass stammt aus osteuropäischen Staaten, wovon wiederum die polnischen Wohnungslosen am stärksten vertreten sind. Diese Menschen stellen die am stärksten benachteiligte Personengruppe in der Gesellschaft dar, da sie in der Regel gänzlich vom Sozialleistungssystem ausgeschlossen sind und somit ohne jegliche Unterstützung leben müssen, obwohl bei vielen von ihnen ein intensiver Hilfebedarf in verschiedener Hinsicht (materiell, medizinisch, psychologisch, etc.) vorhanden ist. Dieser Zustand wird seit Jahren von der Wohnungslosenhilfe und Sozialverbänden beklagt. Trotz des Wissens um die äußerst prekäre Lage dieser Menschen, die mit den Grundsätzen des Grundgesetzes kaum (bzw. nicht) zu vereinbaren sind, entschied sich der Gesetzgeber im letzten Jahr den Zugang zu Sozialleistungen für diese Personen noch einmal zu erschweren.

Da die osteuropäischen Mitglieder der EU nicht zu den Staaten des europäischen Fürsorgeabkommens gehören, erhalten Bürger\*innen aus diesen Ländern erst nach fünf Jahren Aufenthalt in Deutschland Zugang zu Sozialleistungen. Da viele Obdachlose keine Meldeadresse hierzulande haben, haben sie selbst nach fünf Jahren Schwierigkeiten ihren Aufenthalt nachzuweisen. Nur über eine Arbeitsstelle kann dieser Zugang vorzeitig hergestellt werden. Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist für einen ausländischen Obdachlosen äußerst schwer zu bewerkstelligen, in vielen Fällen aufgrund persönlicher Schwierigkeiten unerreichbar. Um diese Schwierigkeiten zu überwinden wäre eine sozialarbeiterische und medizinische Hilfe notwendig, die die Betroffenen jedoch aufgrund des Ausschlusses aus dem Sozialsystem nicht erhalten. Sie bewegen sich also in einem „Teufelskreis“, aus dem es kaum einen Ausweg gibt. Selbst ordnungsrechtliche Unterbringungen werden diesen Menschen versagt mit der Begründung, dass sie keine Ansprüche nach dem Sozialgesetzbuch haben, obwohl eine Unterbringung dieser Art nichts mit Sozialleistungsansprüchen zu tun hat, da sie nach dem Polizeirecht (in Berlin dem ASOG) erfolgt und lediglich dazu dient die Grundrechte der betroffenen Person

zu gewährleisten. Ein Versagen dieser Nothilfe steht eindeutig im Widerspruch zu Art. 1 und Art. 2 Abs. 2 GG. Um diesen Anspruch durchzusetzen steht zwar der Rechtsweg offen, in der Realität stellt sich dieser Weg jedoch für viele aufgrund ihrer Situation als zu hochschwellig dar. Die besonderen Schwierigkeiten für Menschen aus den osteuropäischen EU-Staaten gelten nahezu analog für Menschen aus Drittstaaten.

Um Wohnungslose ohne deutschen Pass zu unterstützen wurden im letzten Jahr einige Projekte in Berlin installiert, die durch einen europäischen Hilfsfond (EHAP) finanziert werden. Da hierbei auch aufsuchende Arbeit auf der Straße angewandt wird, wendeten sich verschiedene Projekte an das Brennpunkt-Team von Gangway e.V. um sich mit diesem auszutauschen bzw. um hier zu hospitieren. Das Team traf sich unter anderem mit den Projekten des KLIK e.V. bzw. des Tagesaufenthaltes „Warmer Otto“ der Berliner Stadtmission. Aufgabe der EHAP-Projekte ist es Menschen von der Straße eine Erstberatung zu Gute kommen zu lassen und sie auf kurzem Weg direkt an das Hilfesystem anzubinden. Dieser Auftrag ist für die Kolleg\*innen jedoch kaum umsetzbar, da exakt dieser Weg, wie bereits beschrieben, in der Regel durch juristische Hürden verbaut ist.

## 5 Projekt- und Gruppenarbeit

Ein Bestandteil der Straßensozialarbeit in der Arbeit mit wohnungslosen Menschen ist Projekt- und Gruppenarbeit. Im Jahr 2016 gab es deshalb verschiedenste Angebote, welche gut angenommen wurden. Neben unregelmäßig und/oder einmaligen Veranstaltungen bzw. Unternehmungen mit Gruppen, wie z.B. Bowling, einer Fahrt an die Ostsee und dem Besuch eines ALBA-Basketball-Spiels, gab es Projekte, die regelmäßig stattgefunden haben. Drei davon werden in den folgenden zwei Punkten ausführlicher dargestellt.

### 5.1 „Polnische Nachmittage“ und Polenreisen

#### „Polnische Nachmittage“

Wie wir bereits im Jahresbericht 2015 berichtet haben, bieten wir seit Oktober 2015 einen monatlich stattfindenden sogenannten „Polnischen Nachmittag“ an. Das Angebot richtet sich an polnisch sprechende Wohnungslose bedingt dadurch, dass es speziell für diese Gruppe der Wohnungslosen zu Beginn des Projektes kaum Angebote in Berlin gab. Zudem haben viele polnische Menschen laut ihren Schilderungen diskriminierendes Verhalten in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe erfahren.



Als Projektidee gestartet, wollten wir zu Anfangs überprüfen ob überhaupt Bedarf besteht bzw. wo dieser genau liegt und ob wohnungslose Menschen konstant das dann zusammen mit ihnen entwickelte Angebot annehmen. Auch wussten wir zu Beginn nicht, ob die Menschen überhaupt regelmäßig an den Ort des Geschehens kommen würden, das Café Maggie des Gangway Teams Lichtenberg, weil diese Location in der Regel nicht auf ihren täglichen Routen durch die Stadt liegt. Zudem war ebenfalls nicht automatisch gesichert, dass unsere sozialpädagogischen Überlegungen - in Richtung positiver Entwicklung von z.B. Gruppenbildung unter den Wohnungslosen oder Fokussierung auf Stärken einzelner - realisierbar sind. Nicht einzuschätzen war für uns auch, ob es für alle immer möglich ist, während dieser Stunden im Café Maggie auf den Konsum von Alkohol zu verzichten.

Alle Unklarheiten konnten tatsächlich nach mehrmaliger Durchführung des Angebotes in positives Wohlgefallen aufgelöst werden. Dies bedeutet, der „Polnische Nachmittag“ findet immer noch einmal im Monat statt und erfreut sich reger Beteiligung seitens der wohnungslosen Menschen. Die Teilnahme liegt in der Regel bei 10 bis 12 Personen, was sich in der Praxis auch als eine sinnvolle Gruppengröße herauskristallisiert hat, um den einzelnen Menschen genug Aufmerksamkeit schenken zu können. Wir sind stets mit zwei Sozialarbeiter\*innen vor Ort, wobei mindestens eine Person polnisch spricht, häufig sogar beide, sowie ein\*e Mitarbeiter\*in des Café Maggie. Lediglich eine Verschiebung der „Brennpunkt-Herkunft“ der Menschen hat stattgefunden. Zu Beginn waren der Groß-

teil der Teilnehmenden vom Bahnhof Zoo, wohingegen nun die meisten vom Alexanderplatz kommen. Dies ist tatsächlich mit der einfacheren Erreichbarkeit vom Alexanderplatz aus zu begründen.

Im Grunde ist der Ablauf immer relativ ähnlich. Wir treffen die Menschen um 10 Uhr vor dem Café und die wohnungslosen Menschen beratschlagen kurz, was sie heute kochen möchten - in der Regel durch eine demokratische Wahl - und fertigen eine Einkaufsliste an. Anschließend gehen drei bis vier von ihnen mit einer Person von unserem Team in den nahegelegenen Supermarkt und kaufen die benötigten Lebensmittel ein. Bezahlt werden diese durch uns mit einem maximalen Budget von 50 Euro pro Kochsession. Anschließend werden die Aufgaben je nach Fähigkeiten und Möglichkeiten delegiert. Diese Aufgabe übernehmen dabei stets die beiden „Chefköche“, zwei Adressat\*innen, welche vor ihrer Zeit auf der Straße im Bereich der Gastronomie gearbeitet haben. Alle helfen im Rahmen entsprechend ihres körperlichen Potentials mit, niemand lässt sich ausschließlich nur bedienen. Neuen Teilnehmenden wird, falls dies nicht automatisch umgesetzt wird, die Notwendigkeit von Hygiene in der Küchenarbeit erklärt. Am Ende ist immer gegen Mittag das Essen fertig und alle genießen zusammen an einem großen Tisch in stets sehr ausgelassener Stimmung die selbst zubereiteten Speisen. Nachdem im Anschluss die Küche von allen zusammen aufgeräumt wurde, wird meist ein Film in polnischer Sprache angesehen.

Meist wünschen sich die Menschen im Vorfeld bereits einen Film, wenn wir sie während unserer Arbeit an den Brennpunkten treffen und wir leihen diesen dann im polnischen Kulturinstitut Berlin am Hackeschen Markt aus. An denjenigen Tagen, an welchen kein Film gesehen wird, sind die Alternativen unter anderen Brettspiele oder „einfach nur quatschen“. Auch wurde bereits eine Idee entwickelt, wie für alle etwas entstehen kann, woran sie sich erinnern und freuen können. Diese Idee ist ein Kochbuch, in welchem die gekochten Rezepte versammelt werden. Diese Idee wird bei den nächsten Treffen vertieft und weiterentwickelt. Auch wurde sich von den Menschen gewünscht einmal eine bekannte polnische Person, wie z. B. Schriftsteller\*in, Schauspieler\*in oder Musiker\*in, einzuladen. Gegen 15 Uhr endet in den allermeisten Fällen unser Aufenthalt im Café Maggie.

Positive Auswirkungen auf unsere Adressat\*innen werden im folgenden Abschnitt, Polenreisen, verdeutlicht und treffen ebenfalls in vollem Umfang auf den „Polnischen Nachmittag“ zu. Sowohl die Nachmittage als auch die Reisen sind deshalb positiv synergetisch zu verstehen und einige Personen nehmen bzw. nahmen an beiden unserer Angebote teil.

## Polenreisen



Ausgehend von vielen über die letzten Jahre geführten Gesprächen mit polnischen Wohnungslosen und den Ergebnissen einer im Jahr 2014 veröffentlichten Studie, durchgeführt von Transit-Gangway, ergaben sich eine Vielzahl von Bedürfnissen und Problemlagen der Menschen. Eines dieser Bedürfnisse ist die Möglichkeit, sich in Berlin für einen Job zu bewerben, um aus eigenen Kräften, perspektivisch die Wohnungslosigkeit zu beseitigen. Grundlage hierfür ist

ein gültiges offizielles Ausweisdokument. Daneben haben nicht wenige der Menschen den Wunsch einen Ausweis zu besitzen, um jenseits der Jobsuche sich auch bei Personenkontrollen gegenüber der Polizei ausweisen zu können. Viele der Menschen, welche wir angetroffen haben, besitzen jedoch solch ein Dokument nicht, haben es verloren, die Dokumente wurden gestohlen oder sind schlicht abgelaufen. So haben wir beispielsweise 2016 engen Kontakt zu zwei Personen bekommen, die seit über zwei Jahren keinen gültigen Pass mehr besitzen. Dies ist eine lange Zeitspanne, jedoch keine Seltenheit.

Grundsätzlich kann bei der Polnischen Botschaft in Berlin ein neuer Reisepass beantragt werden, jedoch sind die Kosten von 110 Euro hierfür weit jenseits der Möglichkeiten der allermeisten wohnungslosen Menschen, da sie in aller Regel keinerlei Form von Leistungen beziehen. In Polen selbst jedoch, können polnische Staatsbürger\*innen seit dem 01.03.2015 kostenlos das offizielle Ausweisdokument in jeder polnischen Stadt, unabhängig vom jeweiligen Geburtsort, beantragen. Nach dreiwöchiger Bearbeitungszeit können diese Dokumente dann persönlich vor Ort abgeholt werden.

Für wohnungslose Menschen ist die Organisation einer solchen Fahrt ohne Unterstützung aus multiple Gründen häufig ein nicht zu bewältigendes logistisches Problem bzw. auch teilweise aufgrund von körperlichen Beeinträchtigungen nicht realisierbar. Angesichts der unmittelbaren Nähe Berlins zu Polen und unserer Möglichkeit als Straßensozialarbeiter\*innen mit wohnungslosen Menschen auch Gruppenaktivitäten wie Ausflüge zu unternehmen, haben wir beschlossen, bei Bedarf eben genau dies zu machen. Dies bedeutet konkret, dass wir mit wohnungslosen Menschen aus Polen mit welchen wir auf der Straße arbeiten, regelmäßig nach Kostrzyn fahren. Kostrzyn aus dem Grund, da es sich hierbei um die nächstgelegene Grenzstadt handelt und diese aufgrund der Distanz von 92 km in kurzer Zeit von Berlin aus zu erreichen ist und die Fahrten deshalb als Tagesausflüge konzipiert werden können. Auf Grundlage unseres akzeptierenden Ansatzes ist Alkoholkonsum nicht grundsätzlich während der Reise durch uns untersagt. Dies bedeutet, dass Menschen mit hohem Suchtdruck sich auf einen Pegel trinken können, um in der Lage zu sein, sich gegenüber den Behörden in Polen verständlich ausdrücken zu können und keine körperlichen Entzugserscheinungen aufzuweisen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Fahrt als Anlass genommen werden kann, um sich zu betrinken.

Im Jahr 2016 fuhren wir, immer zwei Sozialarbeiter\*innen unseres Teams, sechsmal mit jeweils sieben Adressat\*innen nach Kostrzyn. Die Menschen kannten wir von zwei unserer Brennpunkte, Bahnhof Zoo und Alexanderplatz. Bislang beschränkten wir die Auswahl auf diese beiden Orte, da wir bislang dort den intensivsten Kontakt zu polnischen Wohnungslosen erlangen konnten. Grundsätzlich können natürlich auch Menschen der anderen Brennpunkte daran teilnehmen, sofern wir mit ihnen im Kontakt sind.

Neben dem sehr pragmatischen Teil der Reisen, die Ausweiserlangung, haben diese Reise zusätzliche positive Effekte. Zum einen wünschen sich viele der Personen, mit denen wir gesprochen haben, nach teilweise vielen Jahren außerhalb Polens, das Land wieder zu besuchen aufgrund von Heimweh. Zum anderen gibt es uns auch die Möglichkeit, auf sozialarbeiterischer Ebene noch intensiver mit den Menschen zu arbeiten, die Kontakte zu vertiefen und auszubauen, was Grundlage für weiterführende Hilfsangebote durch uns ist.

Eingebettet sind die Fahrten stets in verschiedenste Angebote unsererseits, die bislang begeistert aufgenommen worden sind. Der pragmatische Aspekt allein würde unseren selbst gesteckten Zielen, bei Bedarf an den unmittelbaren Lebenssituationen der Menschen etwas zu verändern, nicht ausreichen. Hygiene ist ein nicht zu vernachlässigendes Thema bei Menschen ohne festen Wohnsitz. Darum bieten wir vor den Fahrten eine Begleitung zu sozialen Einrichtungen mit Duschkmöglichkeiten an

und die Möglichkeit, frische Kleidung zu erhalten. Dies ist keine Bedingung, jedoch ein wichtiges Angebot. In fast allen Fällen ist das Angebot bislang auf positive Resonanz gestoßen, das sie selbst aufgrund von Schamgefühl und aus Sorge vor Diskriminierung durch die Behörden in Polen dankend angenommen haben. Für die Menschen sind diese Fahrten in der Regel mit viel (positiver) Aufregung verbunden und/oder emotional aufwühlend. Deshalb bieten wir auf jeder Fahrt die Möglichkeit an, vor Ort Essen zu gehen. Je nach Wetterlage in Form von einkaufen auf einem Markt mit anschließendem Picknick oder Essen in einem Restaurant. Zudem sind weitere sozialpädagogische Angebote geplant, die mit der Reise verbunden werden können und die Menschen ermöglichen sollen, an gesellschaftlichen Prozessen zu partizipieren.

Was wir auf allen Fahrten bislang feststellen konnten, ist die Tatsache, dass trotz der „Erlaubnis“ Alkohol trinken zu können, dieses die Menschen in den nur seltensten Fällen auch tun. Auf Nachfrage wurde uns bereits mehrfach erklärt, dass sie dies aus Respekt uns gegenüber nicht machen, weil wir mit ihnen zusammen diese Fahrt unternehmen und dass sie dies auch nur schaffen, weil sie sich auf diesen Fahrten in einer Situation befinden, die ihre Alltagsstrukturen durchbricht. In ihrem sonstigen Alltag würden diejenigen mit Suchtdruck eine solch lange Zeit ohne Alkohol nicht schaffen. Daneben möchten sie nicht betrunken den Behörden gegenüber auftreten, um dadurch keine Komplikationen hervorzurufen.

Das Ziel ist selbstverständlich den Menschen eine Abwechslung zum sonst häufig ruhelosen Alltag zu bieten. Für einige Stunden aus der Alltagssituation zu entfliehen, kann nicht selten ungeahnte Dynamiken in Gang setzten. Für die Adressat\*innen sind die Fahrten daher auch eine Möglichkeit im Umgang mit Behörden neues Selbstbewusstsein aufzubauen, zu denen sie teilweise seit Jahren den Kontakt verloren haben und diese meiden, sowie ihre eigenen Kräfte zu stärken oder gar neue zu entdecken. Gruppen werden dadurch ebenfalls gestärkt, da sie sich untereinander in entspannter Atmosphäre besser kennenlernen und Erfahrungen austauschen können, was in ihren alltäglichen Tagesabläufen so nicht möglich wäre.

Aus diesen Gründen, werden wir auch im Jahr 2017 unsere Fahrten fortsetzen, um langfristig eine Verbesserung der Lebenssituation der Menschen zu bewirken. Mittlerweile hat sich dies in der „Szene“ herumgesprochen und wir erhalten laufend Anfragen auf der Straße bezüglich geplanter Fahrten, da dies von den Menschen hier sehr gut angenommen wird.

## 5.2 Fußballprojekt

Das bereits seit mehreren Jahren existierende Fußballprojekt („Ocker-Beige Berlin“) des Streetwork-Teams wurde auch im Jahr 2016 fortgesetzt. Nach wie vor findet einmal wöchentlich ein Training in einer Turnhalle im Bezirk Mitte statt. Einige der teilnehmenden Spieler verabschiedeten sich von der Mannschaft und schlossen sich einem Fußballverein an. Die Freundschaften, die in der gemeinsamen Zeit geschlossen wurden, haben jedoch weiterhin Bestand und bei Turnieren kommen die „Ehemaligen“ manchmal vorbei um das Team „Ocker-Beige“ als Zuschauer zu unterstützen.



Zur weiteren Entwicklung des Teams gehört auch, dass seit Mitte des Jahres ein ehemaliger wohnungsloser Spieler das Training leitet. Dies sind Erfolge, auf die das Projekt abzielte.

Des Weiteren gelang es den Spielbetrieb nahtlos fortzusetzen, da sich neue Wohnungslose der Mannschaft anschlossen. Das Team nahm regelmäßig an der von Gangway organisierten Street-League teil, so dass regelmäßiger Kontakt zu Fußballer\*innen aus den Jugend-Teams von Gangway bestand.

Außerdem nahm Ocker-Beige Berlin an verschiedenen Turnieren außerhalb der Street-League teil. Den Auftakt in 2016 bildete eine Fahrt nach Kaiserslautern zu einem Turnier, das vom dort ansässigen Fanprojekt organisiert wurde. Der Ausflug ging über vier Tage und war in ein Freizeitprogramm eingebettet um das Teamverständnis zu stärken.

Da der Homeless World Cup (HWC) 2016 vor den deutschen Meisterschaften stattfand, gab es im Juni ein Sichtungsturnier in Hamburg, um Spieler für das „Team Germany“ zu nominieren. Ein Spieler von Ocker-Beige wurde als Nachrücker nominiert. Er konnte somit an einem Vorbereitungsturnier in Wroclaw teilnehmen, da jedoch von den ersten acht Nationalspielern keiner ausfiel, blieb ihm die Fahrt nach Glasgow zum HWC verwehrt.

Höhepunkt des Jahres waren wieder die Deutschen Meisterschaften Anfang September in Kiel. Die Fahrt wurde verbunden mit einem Badetag an der Ostsee und im Anschluss erreichte „Ocker-Beige Berlin“ seine bislang beste Platzierung bei den nationalen Meisterschaften (7. Platz). Im Anschluss an die Meisterschaften wurde bereits ein Teil des Teams Germany für den HWC 2017 in Oslo nominiert, wobei hier wiederum ein Berliner Wohnungslosen-Fußballer berücksichtigt wurde. Bei einem weiteren Turnier in Nürnberg, an dem „Ocker-Beige“ teilnahm, wurde dann die zweite Hälfte durch den Trainer der Nationalmannschaft ausgewählt. Das Ergebnis war, dass Berlin beim Homeless World Cup 2017 mit zwei Spielern vertreten sein wird, sofern diese weiterhin Interesse an der Teilnahme haben.

Bezüglich der Organisation von Wohnungslosen-Turnieren gab es bei den Meisterschaften in Kiel einen Austausch mit Anstoß e.V., der bei einem Gespräch in Hamburg fortgesetzt wurde. Da Anstoß e.V. aus ehrenamtlichen Mitarbeiter\*innen besteht, sehen sich diese kaum noch in der Lage die erforderliche Organisationsarbeit wie bisher bundesweit zu gewährleisten. Es entstand die Idee vier regionale Ligen aufzubauen mit jeweils einem hauptverantwortlichen sozialen Träger für die Organisationsarbeit. Für den Ostteil der Republik gestaltet sich dieses schwierig, da es in Berlin und den neuen Bundesländern kaum Fußball-Angebote für Wohnungslose gibt. Es müsste erst eine Vernetzung zu in Frage kommenden Wohnungsloseneinrichtungen hergestellt werden und Starthilfe bei solchen Projekten geleistet werden, um dann perspektivisch eine Regionalliga zu etablieren. Ob dieses Vorhaben durch das Brennpunkt-Team umgesetzt werden kann ist noch fraglich, da die personellen Ressourcen hier vermutlich nicht ausreichen werden, um ein Projekt solchen Ausmaßes zu realisieren. Dies gilt vor allem in Hinblick auf die wachsende Zahl an Wohnungslosen in Berlin und den sich daraus ergebenden zusätzlichen Bedarf in allen Angeboten der Streetworker\*innen.



## 6 Fachtagung für Erwachsenen-Streetwork (FEST 2016)

In den Jahren 2014 und 2015 nahm das Brennpunkt-Team Kontakt zu Streetworker\*innen, die ebenfalls mit erwachsenen Menschen arbeiten, in Potsdam (CRESO gGmbH) und in Leipzig (Suchtzentrum Leipzig) auf, um sich



mit den Kolleg\*innen über Haltungen und Erfahrungen im Arbeitsfeld auszutauschen. Hierbei wurde von allen Seiten festgestellt wie wichtig und bereichernd ein Austausch von Fachkräften ist und bemängelt, dass es hierfür kaum Gelegenheit gibt. Zwar existiert die Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork / mobile Jugendarbeit und die Arbeitsgemeinschaft Organisation bundesoffenes Streetworkertreffen (AG OBST), diese Treffen haben jedoch meist jugendspezifische Themen im Fokus. Aus diesem Grund entstand die Idee, den Erfahrungsaustausch nicht auf drei Projekte zu beschränken, sondern bundesweit zu einer Fachtagung speziell für Streetwork im Erwachsenenbereich einzuladen und diese in Kooperation zu organisieren. Die ersten Planungstreffen fanden bereits 2015 statt, als Tagungsort wurde das Neue Rathaus in Leipzig festgelegt. Der thematische Schwerpunkt lag in der Diskussion der bereits existierenden fachlichen Standards der BAG Streetwork / mobile Jugendarbeit und deren Anwendung speziell in der Arbeit mit Erwachsenen.

Am 29. und 30. September 2016 fand die Fachtagung mit ca. 80 Teilnehmer\*innen aus dem gesamten Bundesgebiet statt. Zunächst gab es ein Input-Referat über den Entstehungsprozess der fachlichen Standards, sowie deren Inhalt. Anschließend erläuterten die drei Veranstalterprojekte Teilaspekte ihrer Arbeit unter Berücksichtigung einer speziellen Handlungsmaxime aus Standards. Das Potsdamer Projekt erläuterte seinen Ansatz einer akzeptierenden Grundhaltung in der Einzelfallarbeit, Gangway referierte über die Bedeutung von Gruppen in emanzipatorischen Bewegungen und zog daraus Erkenntnisse für das Arbeitsfeld Streetwork. Hierbei wurde das Verständnis von Ganzheitlichkeit und Lebensweltorientierung beleuchtet. Schließlich stellte das Potsdamer Projekt seine sozialräumliche Arbeit vor.

Aus den Vorträgen heraus wurden Thesen gebildet die bei einem anschließenden Spaziergang in Gruppen diskutiert wurden. Der „Streetwalk“ endete auf einem Gelände, an dem das abendliche Beisammensein stattfand. Bei Getränken und gegrilltem Essen wurde weiter diskutiert, Kontakte geknüpft und gefeiert.

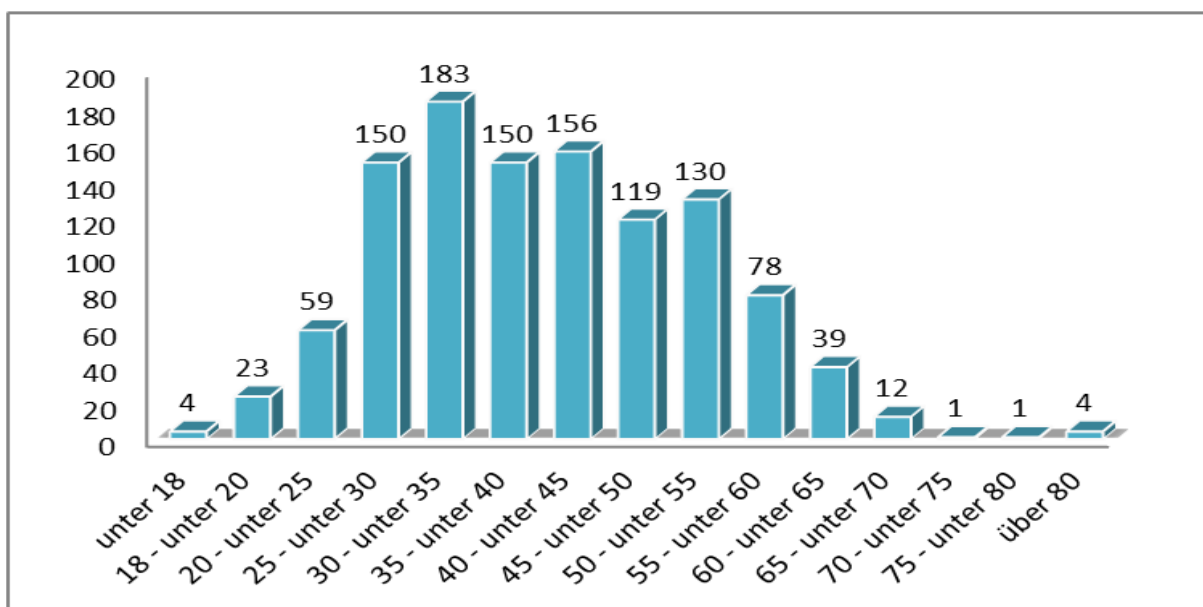
Am zweiten Tag wurde ein World-Cafe durchgeführt, in dem wiederum fachliche Standards besprochen wurden. Am Ende der Veranstaltung wurde bereits auf die zweite Fachtagung dieser Art hingewiesen. 2017 wird der Veranstaltungsort Berlin sein.



## 7 Statistische Angaben

Wie in den Jahren zuvor haben wir auch 2016 wieder eine statistische Erhebung über die soziodemographischen Daten unserer Adressat\*innen durchgeführt. Die Daten wurden anonym erhoben und stellen den Ist-Stand am Tage des Erstkontaktes mit den Adressat\*innen dar. Eventuelle Veränderungen finden keinen Eingang in die Datenerhebung, werden zwar in den Folgedaten statistisch erfasst, können aufgrund der Anonymisierung nicht mehr den entsprechenden Personen zugeordnet werden. Im Jahr 2016 hatten wir mit 1109 Menschen Kontakt.

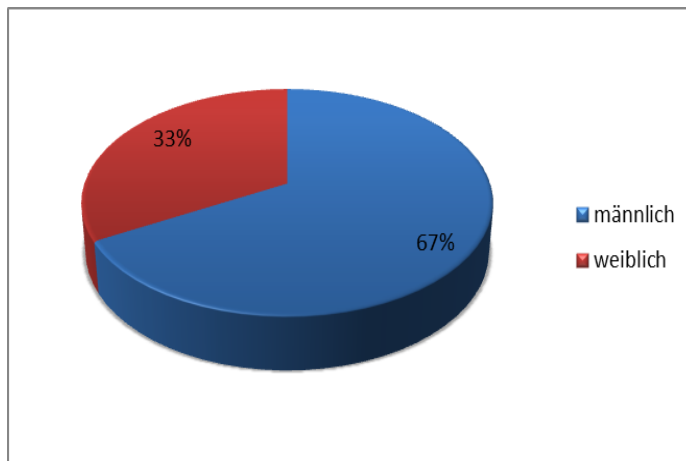
### Alter



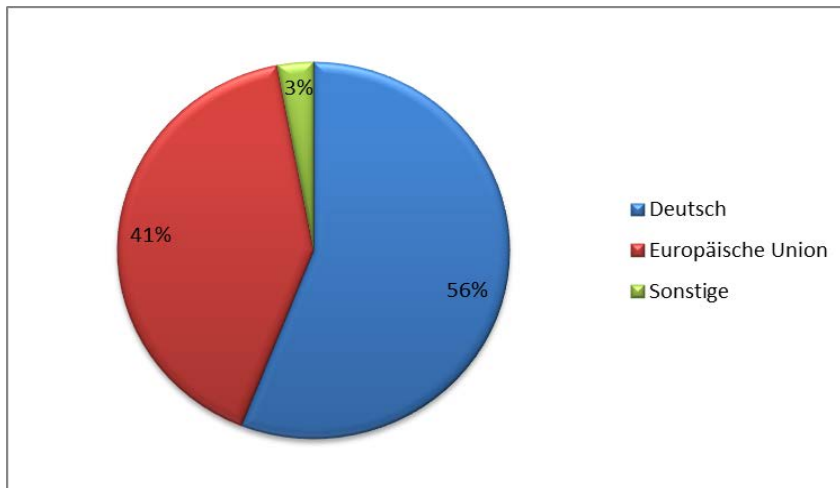
Wie im Jahr zuvor waren die meisten wohnungslosen Menschen zwischen 25 und 55 Jahre alt. Darunter wiederum erneut am häufigsten Adressat\*innen zwischen 30 und 35 Jahren. 2014 war dies noch die Altersstufe zwischen 25 und 30 und ist seit 2015 eine Altersstufe nach oben gewandert.

### Geschlechterverteilung

Im Vergleich zum Vorjahr ist ein prozentualer Rückgang von weiblichen Wohnungslosen um vier Prozent festzustellen. Dieser Rückgang findet nun bereits im zweiten Jahr in Folge statt. Auch 2015 war durch uns bereits ein Rückgang um ebenfalls vier Prozent festgestellt worden. Wir werden im Jahr 2017 versuchen Gründe hierfür näher zu untersuchen. Wir unterscheiden in dieser Kategorie lediglich zwischen Männern und Frauen, weil die statistischen Vorgaben des Berliner Senats keine Kategorie jenseits dieser Geschlechterbinarität vorsehen.



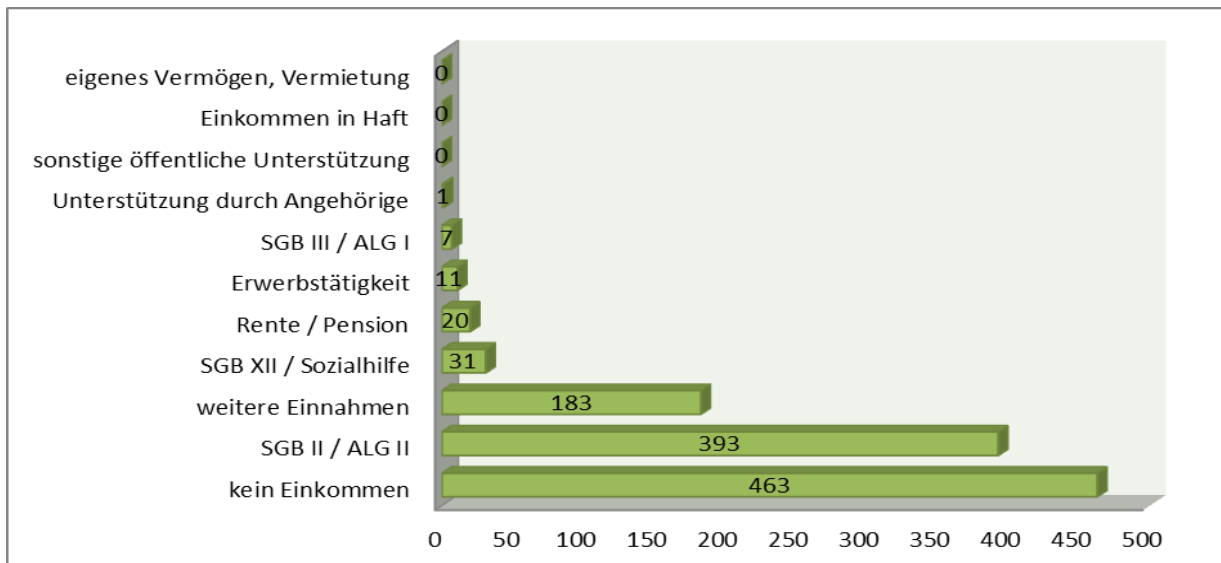
## Staatsangehörigkeit



Entgegen unserer gefühlten Einschätzung, hat sich real die Zahl von uns ange-troffenen Menschen aus der Europäischen Union (ohne Deutschland) im Ver-gleich zum Vorjahr prozentual verringert. Wie bei der Geschlechterverteilung war hier ein Rückgang von vier auf 41 Prozent zu verzeich-nen. Angestiegen hingegen ist die Zahl derjenigen

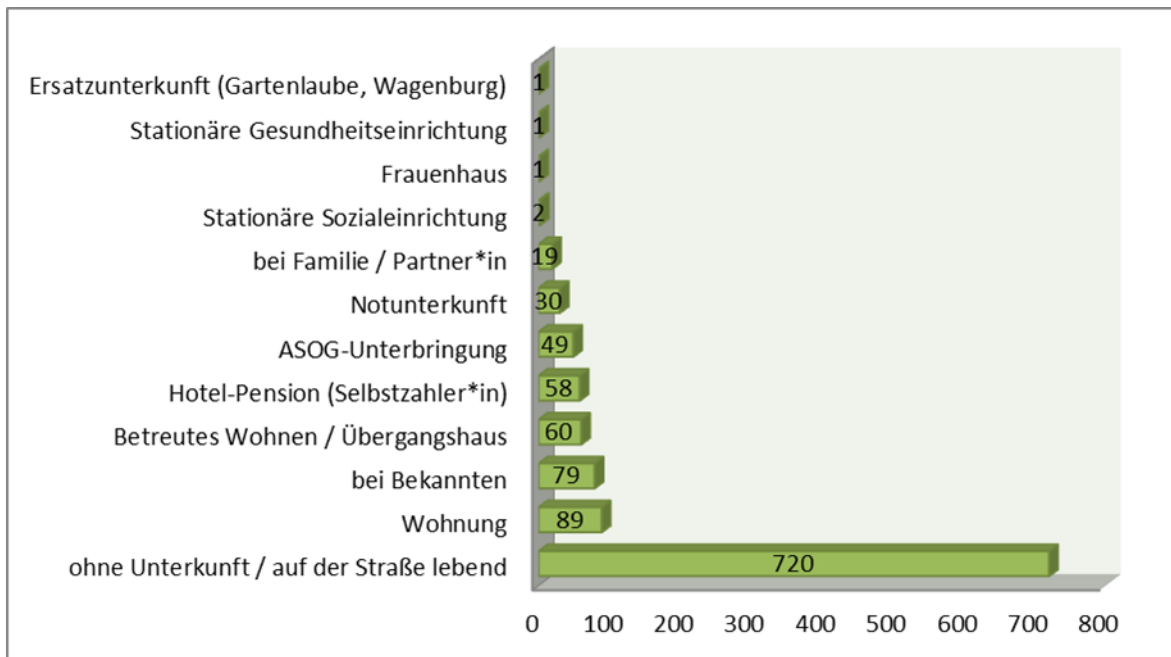
Wohnungslosen mit deutschem Pass auf 56 Prozent als auch Menschen mit sonstiger Staatsangehö-rigkeit (außerhalb der Europäischen Union) auf drei Prozent. In absoluten Zahlen bedeutet dies: 621 Menschen mit deutschem Pass, 459 mit einem Pass der Europäischen Union (ohne Deutschland) und 29 Menschen mit einem Pass außerhalb der Europäischen Union.

## Einkommen



In Bezug auf die Einkommenssituation stellen diejenigen Menschen die größte Gruppe, welche über kein Einkommen verfügen. Gefolgt werden diese stets von Menschen im ALG II Bezug und Menschen mit sonstigem Einkommen wie z.B. Flaschen sammeln. Die Kategorie Rente/Pension ist im Vergleich zum Vorjahr von der Sozialhilfe abgelöst worden, beide Tauschen die Plätze.

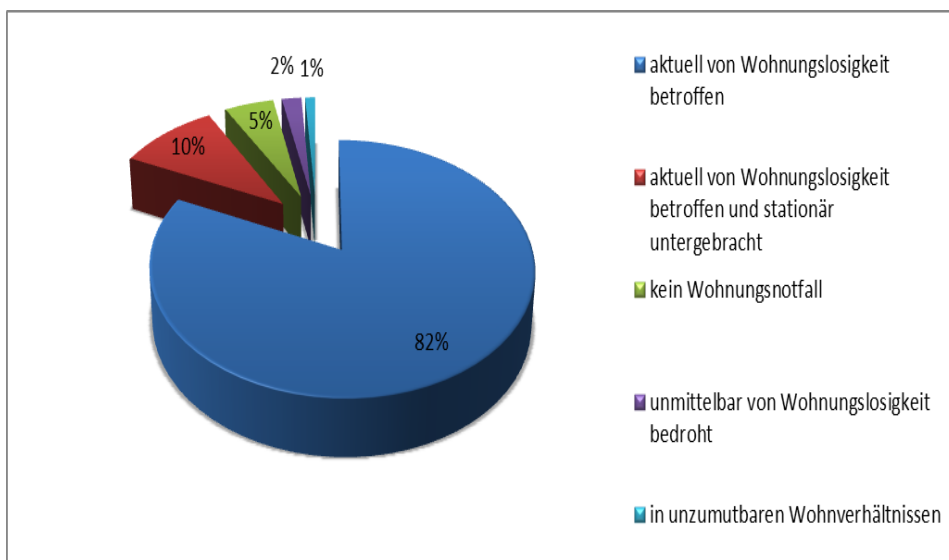
## Unterkunftssituation



Seitdem in diesem Arbeitsfeld eine Statistik erhoben wird hat der Großteil der angetroffenen Menschen keine Unterkunft bzw. lebet direkt auf der Straße. Der Trend hat sich leider auch 2016 fortgesetzt. Obwohl wir insgesamt mit 144 Adressat\*innen weniger Kontakt hatten, ist die absolute Zahl gestiegen; 2015 waren dies 651 Menschen ohne jegliche Unterkunft und 2016 bereits 720. Dies ist ein Trend der sich in den letzten Jahren erkennen lässt.

## Wohnungsnotfall

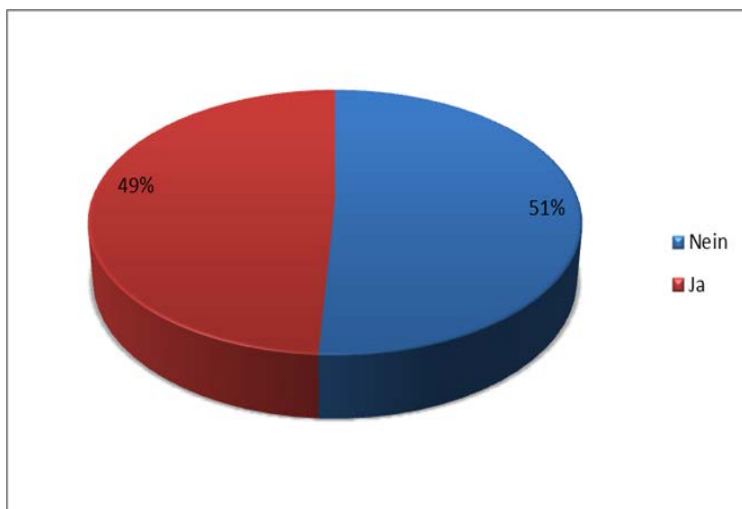
Prozentual hat sich der Wert „kein Wohnungsnotfall“ um ein Prozent erhöht, von vier auf fünf Prozent.



Dies bedeutet erfreulicherweise eine leichte Erhöhung dieses Wertes. Allerdings, ist der Wert von Menschen ohne jegliche Unterkunft von 77 Prozent auf 82 Prozent gestiegen. Dies bedeutet wie bereits in der Vorherigen Grafik gezeigt, nicht nur ein Anstieg von abso-

luten Zahlen in dieser Kategorie, sondern auch ein Anstieg der prozentualen Zahlen.

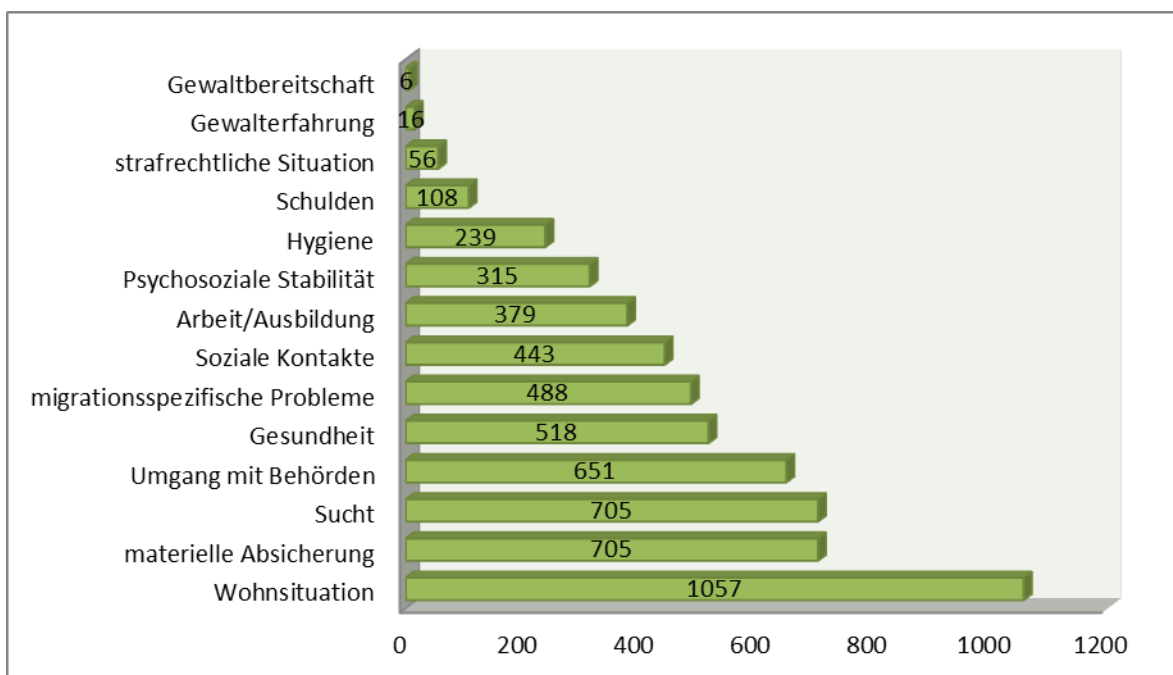
## Krankenversicherung



Einen Zuwachs von fünf Prozent konnten wir bei den Menschen mit Krankenversicherung feststellen. Knapp 49 Prozent der von uns ange-troffenen Menschen waren 2016 Krankenversichert. Zwar sind 51 Prozent immer noch nicht versichert gewesen, dennoch bedeutet dies erstmals einen positiv zu verzeich-nenden Trend. Dies hängt zwar auch damit zusammen, dass wir, wie oben aufgezeigt, zwei Prozent mehr Men-schen mit deutschem Pass angetrof-fen haben, jedoch ergibt sich nach Gegenrechnung mit diesen Zahlen immer noch eine Erhöhung von drei Prozent.

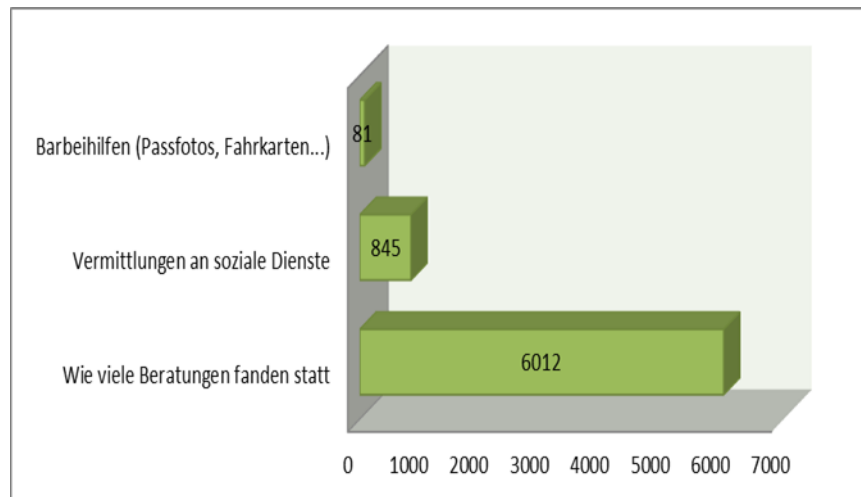
## Problemfelder aus Sicht der Fachkräfte

Wie in den Jahren zuvor waren bei vielen Menschen mehrere Problemfelder gleichzeitig auszu-machen. Das Problemfeld Wohnsituation ist wie in jedem Jahr die am häufigsten festgestellte Kate-gorie. Erfreulicherweise hat sich der Trend einer Abnahme der Kategorie Gesundheit weiter fortge-setzt. Jedoch hat sich wie im letzten Jahr prozentual die Kategorie Sucht erhöht.



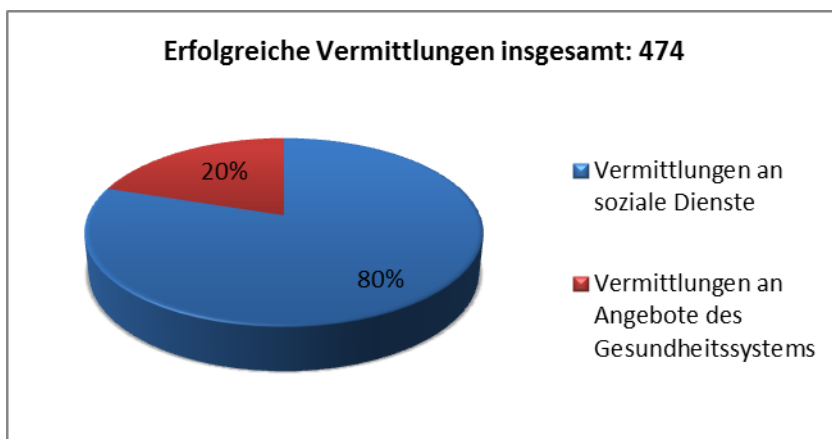
## Leistungserfassung

Die 1109 angetroffenen Adressat\*innen wurden von uns im Jahr 2016 6012-mal beraten. Diese Beratungen verteilen sich nicht gleichmäßig auf alle Adressat\*innen. Manche wurden bis zu 20-mal beraten, andere wiederum nur einmal. 845 Vermittlungen an soziale Dienste fanden 2016 statt. Dies bedeutet,



Das Weiteren geben wir 81-mal Unterstützung in Form einer Barbeihilfe.

## Zielerreichung



Von den insgesamt 845 Vermittlungen an soziale Dienste konnten wir bei 474 eine erfolgreiche Vermittlung feststellen. Dies bedeutet, dass wir im Nachhinein von den Adressat\*innen berichtet bekommen haben, dass sie an den entsprechenden Stellen angekommen sind, sie selbst dort

angerufen haben oder wir sie dorthin begleitet haben. Von den erfolgreichen Vermittlungen wiederum waren 80 Prozent Vermittlungen an soziale Dienste und die restlichen 20 Prozent Vermittlungen an Angebote des Gesundheitssystems.

# Allgemeine Angaben

Abschließend erfolgt eine Übersicht von formalen Daten, die Aufschluss über unsere Erreichbarkeit und die personelle Besetzung des Teams Streetwork an Brennpunkten bei Gangway e.V. geben wird.

## Standort Büro

Gangway e.V. - Team Straßensozialarbeit an Brennpunkten

Schumannstr. 5 | 10117 Berlin

E-Mail: [streetworkbp@gangway.de](mailto:streetworkbp@gangway.de) | Web: [www.gangway.de/brennpunkte](http://www.gangway.de/brennpunkte)

Tel.: 030 28 30 23 0 | Fax: 030 28 30 23 19

## Das Team der Straßensozialarbeiter\*innen in alphabetischer Reihenfolge

Andreas Abel, Diplom-Sozialarbeiter/Sozialpädagoge (FH)

Mobil-Nr.: 01578 - 28 30 23 - 2

Manuel Eigmann, Soziale Arbeit (Bachelor), Intercultural Conflict Management (Master)

Mobil-Nr.: 01578 - 28 30 23 - 5

Dominika Kosik, Soziale Arbeit (Bachelor)

Mobil-Nr.: 01578 - 28 30 23 - 6

Claudia Lichtenwald, Diplom-Sozialpädagogin (FH) (in Elternzeit)

Stefanie Seewald, Diplom-Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin (FH)

Mobil-Nr.: 01578 - 28 30 23 - 4

Cengiz Tanriverdio, Diplom-Sozialarbeiter/Sozialpädagoge (FH)

Mobil-Nr.: 01578 - 28 30 23 - 9

Maciej Żbikowski, Sozialarbeiter/Sozialpädagoge (Bachelor)

Mobil-Nr.: 01578 - 28 30 23 - 3

Anna Zietek, Soziale Arbeit (Bachelor) Intercultural Communication Studies (Master)

Mobil-Nr.: 01578 - 28 30 23 - 8



## Gangway e.V. – Straßensozialarbeit in Berlin

Schumannstr. 5

10117 Berlin

Tel. / Fax: 030 . 28 30 23 – 0 /-19

E-Mail: [info@gangway.de](mailto:info@gangway.de)

[www.gangway.de](http://www.gangway.de)

### Präsenzzeiten an den Brennpunkten im Überblick



#### Alexanderplatz und Umgebung

Montag: 12 - 15 Uhr

Mittwoch: 12 - 15 Uhr

Freitag: 12 - 15 Uhr



#### Bahnhof Zoologischer Garten und Umgebung

Montag: 18 - 22 Uhr (ab 20 Uhr mit Streetwork-Bus)

Mittwoch: 15 - 18 Uhr

Donnerstag: 11 - 14 Uhr



#### Kurfürstenkiez

Dienstag: 17 - 20 Uhr mit Streetwork-Bus  
18 - 19 Uhr Rundgang

Donnerstag: 20 - 23 Uhr mit Streetwork-Bus  
21:15 - 22:15 Uhr Rundgang



#### Ostbahnhof und Umgebung

Montag: 15 - 18 Uhr (15-16 Uhr mit Streetwork-Bus)

Mittwoch: 12 - 15 Uhr (12-13 Uhr mit Streetwork-Bus)